

März 2016

roter Käfer



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Kampf um Arbeitsplätze
 - Dieselkrise
 - Fritz und die Folgen
 - Abgastest
 - Die Sache mit Magma
 - Opel-Aus
 - Zum Thema Flucht
 - Reichtum
- www.roter-kaefer.de

Statt Abbau ohne Sinn und Verstand:

Kampf um jeden Arbeitsplatz und das VW-Gesetz!

Wer die Verantwortung für den Abgas-skandal trägt ist immer noch nicht klar, genauso wenig wie die Folgekosten. Bei der Absatzentwicklung zeigen sich unterschiedliche Einbrüche, nur China ist richtig gut.

Die Führungsspitze bei VW will nun vieles anders machen, vor allem bei den organisatorischen Abläufen und Verantwortlichkeiten. Ob das was bringt bleibt abzuwarten.

Unverändert ist dagegen der Kurs auf maximale Profite: 6 % Umsatzrendite in 2018. Um dieses Ziel zu erreichen soll es in allen Bereichen einen Produktivitätszuwachs von 10% geben.

Leiharbeiter sollen die Zeche zahlen

Damit ist klar, wer die Kosten für den Skandal tragen soll: Die Belegschaft und vor allem die Leiharbeiter. Ganz nach dem Motto: die wussten ja worauf sie sich einlassen. Der in der Presse gemeldete Abbau von 10.000 Arbeitsplätzen wurde zwar dementiert, aber jeder weiß: Produktivität kann in den indirekten Bereichen fast ausschließlich durch Einsparung von Personal erreicht werden. **Wachsamkeit ist also angesagt, unsere Bereitschaft zum Widerstand gefordert.**

Auch bei vordergründig „vernünftigen“ Forderungen. Zum Beispiel „Kulturwandel“. Für uns heißt das: Schluss mit Kadavergehorsam und mit „Geht nicht gibt's nicht“ - für das Management aber „Um-

bau ohne Mitbestimmung“! Verschlan-
kung und schnellere Entscheidungen
können verbesserte Abläufe bedeuten,
aber auch Personalabbau und Abbau von
Kommunikation untereinander und damit
von Mitbestimmung!

Das gleiche gilt für die Streichung und
Verschiebung von Investitionen. So not-
wendig „Sparen“ aufgrund des riesigen
Finanzbedarfes auch sein mag: wir kämp-
fen für gute Arbeitsbedingungen und
unsere Gesundheit. Hände weg von den
Schichtmodellen!

Sinnvolle Vorschläge umsetzen statt „Dies(s) und Das machen“

Bei VW hat die „kooperative Konfliktlö-
sung“ Tradition. Könnte das bald Vergan-
genheit sein? Haken wir nach, was aus
den Vorschlägen der Belegschaft zur Effi-
zienzsteigerung geworden ist. Mischen
wir uns weiter ein mit Forderungen nach

einem „echten Volkswagen“, nach pass-
genauen Modellen für regionale Märkte
und für Angebote im gesamten Mobili-
tätsbereich. Darauf wurde nie gehört.

Mehr Flexibilität von allen, wenn es darum
geht, Beschäftigte aus Werken mit Be-
schäftigungsproblemen dort aufzuneh-
men, wo es noch genug Arbeit gibt.

Und Flexibilität und Hilfen auch beim
Wechsel in andere Standorte, wenn im
„eigenen“ die Arbeit knapp wird.

Machen wir uns nichts vor, auch bei VW
gilt, wie in der ganzen Gesellschaft: Wer
die Reichen nicht zur Kasse bitten will,
muss sich mit den Brosamen zufrieden
geben.

Die Verantwortlichen und die Profiteure
müssen ihren Beitrag leisten. Denn die
Mär von der Handvoll Motorenentwickler,
die das alles verursacht hätten, scheint ja
nun endlich vom Tisch.

Profitgier ist die Ursache

Bonusgier beim Vorstand
und noch mehr die Ge-
winnerwartungen der Ei-
gentümer und der Aktio-
näre sind der eigentliche
Antrieb für die kriminellen
Machenschaften. Sie
können und müssen ihren
Beitrag leisten!

Keiner von ihnen wird
deshalb auch nur in die
Nähe der Armuts Grenze
gelangen.

Deshalb heißt es auch in der Tarifrunde:

**Alles für die Durchset-
zung der 5% und für die
Weiterführung der Al-
tersteilzeit ohne Abstri-
che!**



**Transparente am VW-Kraftwerk in Wolfsburg.
Gilt das Versprechen noch? Oder „vom Winde verweht“?**

Dieselkrise - eine Frage der Kultur?

Seit dem Auffliegen der Schummel-Software sprechen die Oberen bei Volkswagen viel von „Kulturwandel“. Doch welche „Kultur“ war für die Schummeleien verantwortlich? „Vorsprung durch Technik“ - mit einer Software, die bei Abgas-Tests niedrige Werte vortäuscht, statt mit einer Technik, die diese Werte auf der Straße realisiert?

Die verantwortlichen Konstrukteure hatten den Auftrag, zwei gegensätzliche Ziele zu vereinbaren: die (gesetzlich) vorgegebenen Abgaswerte und den (vom Management) vorgegebenen Kostenrahmen.

Dies ist beim Diesel besonders schwierig: Dieselmotoren verbrauchen weniger Sprit, produzieren deshalb weniger CO₂, dafür aber mehr NO_x. Dieses Problem technisch zu lösen ist nicht billig zu haben, das musste allen klar sein.

Trotzdem stieg in Europa und vor allem in Deutschland in den letzten Jahren der Diesel-Anteil, auch mit staatlicher Förderung (weniger Steuer auf Dieselmotoren), weil der Diesel gebraucht wird, um die CO₂ Ziele zu erreichen.

2003 waren in Deutschland nur 17 Prozent aller zugelassenen Pkw ein Diesel, 2013

waren es schon 29 Prozent. Diesen Boom wollte die deutsche Autoindustrie als Sprungbrett in die USA nutzen, um den dortigen Marktanteil von Dieselfahrzeugen (2013 weniger als drei Prozent) zu steigern. „2008 wird das Jahr des Clean-Diesel-Durchbruchs in den USA“, so VDA-Chef und Ex-Verkehrsminister Matthias Wissmann.

Mit dieser Diesel-Strategie wurde der Widerspruch zwischen Umwelt- und Renditezielen noch schärfer. Während Toyota 2013 eine Umsatzrendite von über acht Prozent erreichte, schaffte die Marke Volkswagen nur 2%, was die Aktionäre nicht zufrieden stellte.

Diesem „Rückstand“ sollen die „Spar“- oder „Effizienzprogramme“ entgegenwirken, ebenso die „Kostenrahmen“ für einzelne Bauteile. Und der Spagat zwischen Umwelt- und Renditezielen beim Diesel wurde mit der Schummel-Software „gelöst“, zugunsten des Profits und zu Lasten der Umwelt.

Jetzt auch zu Lasten der Beschäftigten? Ein „Kulturwandel“, der das ändern soll, müsste das Motto haben:

Der Mensch geht vor Profit!

dem Rückruf und dem Aufspielen der neuen Software nicht getan sein. Wenn das die EPA überhaupt akzeptiert. Das wird auf jeden Fall Milliarden kosten und bei uns an die Arbeitsplätze gehen, mindestens an die der Leiharbeiter“.

„Wieso an die Arbeitsplätze?“ fragt der dicke Paul, „VW hat doch am Kraftwerk Wolfsburg plakatiert ‚Vor allem aber brauchen wir Euch‘; gilt das jetzt nicht mehr? Warum bezahlen nicht die, die von der Lüge profitiert haben?“

Recht hat er, der Paul. Die Verantwortlichen und die Profiteure müssen ihren Beitrag leisten. Und das sind doch letztlich die Eigentümer und Aktionäre mit ihren immer maßloseren Gewinnerwartungen. Warum können denn nicht die an den Porsche-Piech-Clan und an die Katar-Holding ausgeschütteten Milliarden-Dividenden zwecks Schadensregulierung zurückgefordert werden. Begründung: Mittels krimineller Aktivitäten erlangt.

Das würde die Porsche-Piechs sicher nicht an den Bettelstab bringen. Erst neulich stand in den Wolfsburger Nachrichten, dass ihr Reichtum auf 65 Milliarden Euro angewachsen ist. Und die Kataris hätten etwas weniger Geld, um ihre Halsabschneiderbanden in Syrien auszurüsten. Das

Keiner redet vom
Sozialismus...



Aber wir!

DKP

Rätsel

Von wann stammen die folgenden Sätze: "Vorstand und Aufsichtsrat von VW stehen vor einem Scherbenhaufen. Der Verdacht bleibt, der Konzern könne seinen Aufstieg mit einem Rechtsbruch begangen haben. Die ganze Affäre wird so zu einem Lehrstück, wohin Selbstüberschätzung und der Verfall guter Sitten im Management und der Leichtsinns von Aufsichtsräten führen können."

Auflösung auf Seite 4



Fritz und die möglichen Folgen

Neulich in der Pause, Ina war richtig wütend: „Langsam reicht's aber mit dem Rumgehaue auf VW. Die anderen haben doch auch Dreck am Stecken, Mercedes und Fiat und so“.

Timo stimmte ihr zu: „Und erst die Amis mit ihren Spritschluckern. Die pusten doch noch deutlich mehr raus. Das ist doch geradezu lächerlich, wenn die uns jetzt mit Milliarden und aber Milliarden Klagen drohen.“

Sven hält dagegen: „Das ist richtig: Beim Spritverbrauch und damit beim CO₂ sind die zwar irre hoch, aber hier geht's ja um NO_x. Und da hat ja wohl VW betrogen und sich dabei erwischen lassen. Und dass die Amerikaner das jetzt ausnützen und sich einen Konkurrenten vom Hals schaffen wollen, wundert Euch das wirklich?“

„Aber die Folgen haben wir doch auszubaden“, wirft Inge ein, „das wird doch mit

könnte sogar eine Menge Menschenleben retten. Das könnten auch mögliche Folgen sein, und die würden nicht die Belegschaften treffen.

Aber will man die Wiederholung eines ähnlichen Desasters sicher verhindern, wäre ein „echter Kulturwandel“ nötig. Und dazu würde gehören, die Mitbestimmung inhaltlich auf Produkte und Produktion zu erweitern und die künftigen Unternehmensziele so auszurichten, dass sie mit legalen Mitteln, ohne Ausbeutung von Menschen und ohne Vergiftung der Umwelt erreichbar sind. Das reibt sich natürlich schnell an der Jagd nach dem Höchstprofit.

Aber ohne die Ausweitung der Mitbestimmung im Betrieb und die gründliche Demokratisierung der Gesellschaft werden immer die arbeitenden Menschen bezahlen müssen, weltweit.

Es sei denn, wir verändern das!

Meint jedenfalls
Euer Fritz

Impressum:

Herausgeber:

DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel

V.i.S.d.P.: Werner Hensel

Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig



VW verkauft seinen Airbus

Inzwischen räumt die Konzernleitung ein: Die Flugzeugflotte mit eigenem Airbus war überzogen. Deshalb soll der A319 nun verkauft werden. Ok, gut so. Nur wegen dieses Flugzeugtyps ist der Flughafenbau Braunschweig/Wolfsburg mitbegründet worden – rücksichtslos gegen die Natur und die Verkehrsverbindungen im Norden von Braunschweig. Für die Bequemlichkeiten der VW-Konzernspitze wurden ein ganzer Wald mit 40.000 Bäumen geopfert und die Förderrichtlinien hingebogen.

Die Verantwortlichen müssen sich fragen lassen: Wer kommt für die Folgekosten der Flughafen-Schneise auf? Wann bekommen die betroffenen Stadtteile ihre direkte Verkehrsverbindung zurück?

Abgastests kaum verschärft

Die Emissionen von Dieselfahrzeugen werden künftig auf der Straße und nicht mehr nur im Labor überprüft. Allerdings dürfen dabei die bislang geltenden Grenzwerte um mehr als das Doppelte (110%) überschritten werden.

Diesen Vorschlag der Regierungen billigte das EU-Parlament Anfang Februar mit knapper Mehrheit (323 zu 317 Abgeordnete). Die Deutsche Umwelthilfe DUH kritisierte, dass der Beschluss nur auf massiven Druck der deutschen Autobauer und der Bundeskanzlerin hin durchgesetzt worden sei. Dazu erklärt Jürgen

Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH: „Die denkbar knapp ausgefallene Entscheidung wird sich als Pyrrhussieg für die Autokonzerne herausstellen. Wir erleben einmal mehr Luftreinhalte absurd: Während die Autokonzerne nach dem VW-Skandal in den USA Diesel-Pkw ausliefern müssen, die auch auf der Straße sauber sind, sollen dieselben Neuwagen in Europa viermal mehr NOx-Emissionen ausstoßen dürfen. Das wird zu immer mehr Fahrverbote auch für neue Diesel-Pkw in allen größeren Städten Europas führen“.

“Freie Frauen sind die Basis einer freien Gesellschaft”



„Freie Frauen sind die Basis einer freien Gesellschaft“ unter diesem Slogan arbeitet die Stiftung Freier Frauen in Rojava (Nordsyrien) für den Aufbau eines besseren Lebens. Während Europa noch über Fluchtursachen diskutiert, wird in Rojava gehandelt. Sie wollen mit ihren Projekten die Entwicklung der Freiheit des Denkens und der freien Persönlichkeit von Frauen und Kindern fördern.

Sie treten ein für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Sprachen, Völkern, Religionen usw. Die Stiftung arbeitet unabhängig und gemeinnützig für die Entwicklung einer geschlechterbefreiten,

demokratischen und ökologischen Gesellschaft. Es gibt bereits Vorschulen, Frauengesundheitszentren, Frauenparks und Frauenkooperativen, wie Nähereien, Friseursalons, Cafés und landwirtschaftliche Kooperativen. Wer neugierig geworden ist kann sich weiter informieren unter:

www.weqfajinaazad.org

oder auf facebook: Weqfa Jina Azad Spenden sind möglich an die Kurdistan Hilfe e.V. Stichwort Frauenstiftung in Rojava/WJARIBAN: DE10 2005 0550 1019 2227 04 (Spenden sind absetzbar, bitte Adresse angeben)

(www.kurdistanhilfe.de)

Angeichts des grausamen Krieges in Syrien, angesichts des zunehmenden Elends und der Hetze gegen Flüchtlinge halten wir solche Projekte vor Ort für sehr unterstützenswert. Insbesondere mit diesen Inhalten und Zielen auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs.

VW Osnabrück:

Die Sache mit “Magna” . .

Die Information durch den Betriebsrat in der letzten Betriebsversammlung, dass Volkswagen Gespräche mit dem Zuliefererkonzern Magna über einen möglichen Verkauf des Standortes Osnabrück geführt hat, löste in der Belegschaft große Verunsicherung aus. Beim Zulieferer Magna wären wir wieder bei dem Geschäftsmodell, mit dem Karmann untergegangen ist. Als zweiter Gesamtfahrzeug-Standort neben Graz wären wir bei Magna sogar nur noch Überlaufbecken vom Überlaufbecken der Großkonzerne.

Gut, dass die Landesregierung auf Initiative unseres Betriebsrates und der IG Metall diese Pläne sofort gestoppt hat. Dies zeigt auch, wie wichtig gerade für uns in Osnabrück der Aktienanteil des Landes, das VW-Gesetz und die starke Position von Betriebsrat und IG Metall bei Volkswagen ist. Bei Magna hätten wir auch diese Hebel zur Einflussnahme auf die Unternehmenspolitik im Interesse der Beschäftigten verloren.

Bekanntlich gibt es weiterhin Gespräche mit Magna über eine „Kooperation“. Darum heißt es wachsam sein: **Volkswagen Osnabrück muss Volkswagen bleiben!**

Nach Opel-Aus:

Kaum neue Jobs

Ende 2014 lief die Opel-Produktion in Bochum aus, 3300 KollegInnen verloren damit ihre Arbeit.

Ein Jahr danach haben nur 260 ehemalige Opelner über die von Opel mitfinanzierte Transfergesellschaft einen neuen festen Job gefunden. Weitere 220 Beschäftigte wurden in Praktika vermittelt. Die vielgelobte Transfergesellschaft erweist sich damit als ziemlicher „Schuss in den Ofen“.

Ganz anders die Manager: Seit November 2015 ist der Ex-Opel-Chef Thomas Sedran neuer Chefstrategie im VW-Konzern als „Leiter Konzernstrategie“. Er gilt als „Sanierungsman“ und war an der Schließung von Opel Bochum und vorher auch als GM-Manager (GM ist die Opel-„Mutter“) an der Schließung des Opel-Werks Antwerpen beteiligt, wo rund 8000 Mitarbeiter entlassen wurden (WAZ vom 27.10.15).

Die „Süddeutsche Zeitung“ bezeichnete ihn einst als „Mann für schwierige Sanierungsfälle“.

Fragen und Antworten:

Zum Thema Flucht:

? Können wir denn die ganze Welt aufnehmen?

! Nein. Aber mehr als 86% der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern.

? Sollen wir alle Probleme dieser Welt lösen?

! Durch Waffenexporte, die Unterstützung von Kriegen auf dem Balkan und in arabischen Ländern sowie ungerechte Handelsbeziehungen ist die deutsche Regierung verantwortlich dafür, dass Menschen flüchten müssen um zu überleben. Wer Kriege sät, wird Flüchtlinge ernten.



? Gefährden die Flüchtlinge nicht unseren Wohlstand?

! Unsere Armen, Arbeits- und Wohnungslosen sind Opfer der politisch gewollten Ungleichverteilung des Reichtums. Wir müssen gemeinsam mit den Flüchtlingen für ein besseres Leben gegen unsere Kapitalisten kämpfen.

? Machen die Flüchtlinge nicht die deutsche Kultur kaputt?

! Die Wissenschaft weiß, dass sich die ersten Menschen einst aus Afrika auf den Weg gemacht haben. Die deutsche Bevölkerung und die deutsche Kultur sind Resultat einer Jahrtausende alten Migrationsgeschichte. Denken wir an die Völkerwanderung der Spätantike, die polnischen Einwanderer, die „Gastarbeiter“Irgendwann wurden die meisten zu Einheimischen und bereicherten und veränderten unsere Kultur.

? Gibt es „echte“ und Wirtschaftsflüchtlinge?

! Die Flüchtlinge vom Balkan hat Deutschland zu verantworten: durch die Anerkennung der von Separatisten veranlassten Abspaltung von Slowenien und Kroatien und des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Restjugoslawien. Und: Vor welcher Wirtschaft fliehen die Menschen denn? Kein Mensch verlässt leichtfertig seine Heimat. Echte „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind diejenigen Reichen und Konzerne, die ihr Geld in Steueroasen anlegen, bzw. Gewinne dort zu niedrigen Sätzen versteuern.

? Kann man den Flüchtlingsstrom stoppen?

! Verzweifelte suchen sich immer einen Weg. Es werden noch mehr und andere Flüchtlinge kommen. Von 1 Milliarde Afrikanern leben $\frac{3}{4}$ in Armut. Die größten Flüchtlingslager sind in Ostafrika. Die Klimaflüchtlinge sind noch gar nicht da. Ohne einen grundlegenden Politikwechsel sind die Probleme nicht zu lösen.

? Bringen die Flüchtlinge den Terror mit?

! In den letzten 200 Jahren hat kein muslimisches Land gegen ein westliches Krieg geführt. Aber die arabischen Länder mussten mehr als 20 Invasionen ertragen. Terror entsteht, wenn Menschen keinerlei Hoffnung haben, eine zutiefst als ungerecht empfundene Situation ändern zu können.

? Wer soll das bezahlen?

! Privatleute in Deutschland besitzen ein Gesamtvermögen von 11 Billionen €. Das ist ca. die gesamte Wirtschaftskraft der EU. Wenn sie nur 10% abgeben, können die dringendsten Aufgaben gelöst werden und die Reichen werden es nicht mal merken. Die Autorin Daniela Dahn formuliert in Anlehnung an Rosa Luxemburg: Solidarisches Gemeinwesen oder Barbarei!



62 Reiche besitzen so viel wie die halbe Menschheit

Nach der neuesten Oxfam-Studie besitzen die 62 reichsten Einzelpersonen der Welt genauso viel wie 3,7 Milliarden Menschen, die ärmere Hälfte der Erdenbewohner. Die Oxfam-Studie mit dem Titel „Eine Wirtschaft für das eine Prozent“ wörtlich: „Vor einem Jahr waren es noch 85. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst.“

In 2015 besitzt das reichste Prozent der Weltbevölkerung (70 Millionen Menschen) mehr als die übrigen 99 Prozent = 7,4 Milliarden Menschen. „Diese extreme und wachsende Ungleichheit ist die Grundlage für ein soziales und wirtschaftliches Desaster,“ so die Studie.

„Papst Franziskus hat recht, wenn er feststellt: Diese Wirtschaft tötet!“

Auch „unsere“ Kapitalisten werden ständig reicher. Nach neuesten Zahlen (Wolfsburger Nachrichten vom 1.12.15) ist der Reichtum des Porsche/Piech-Clans auf 65 Milliarden Euro angewachsen. Dem Clan gehören 52% der VW-Aktien.

Die Mittel, diesem Skandal abzuwehren, sind bekannt: z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer. Die brächte in Deutschland mindestens 80 Milliarden Euro.

Des Weiteren muss die Erbschaftsteuer für Superreiche ausgeweitet werden und die Finanztransaktionssteuer endlich eingeführt werden. Und dazu gute Sozialsysteme und eine Stärkung der Gewerkschaften, um nicht nur die Umverteilung zu bewerkstelligen, sondern gleich höhere Löhne durchzusetzen.

Es stimmt noch immer: Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Solange die Deutschen sich jedoch von armen Griechen und Syrern ausgebeutet fühlen, so lange können jene gut schlafen, die wirklich das Geld haben. Und die rechten Parteien triumphieren.

Auflösung des Rätsels:

Die Sätze standen am 6.12.1996 auf Zeit.online und bezogen sich auf VW und den "Fall López"

Wenn wir schon verallgemeinern müssen:

**Nicht Ausländer
sondern Arschlöcher
belästigen Frauen.**

extra 3